

Dörge, Friedrich-Wilhelm

Article — Digitized Version

Durch Bauernschläue zum Geldwertschwund?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Dörge, Friedrich-Wilhelm (1966) : Durch Bauernschläue zum Geldwertschwund?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 3, pp. 125-127

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133574>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Durch Bauernschläue zum Geldwertschwund?

Seit Monaten beherrscht das Problem der Geldwertstabilisierung die wirtschaftspolitische Debatte. Ein Sachverständigenquintett hat Stabilisierungsvorschläge ausgearbeitet, ein „Streichquartett“ sich um die Reduzierung öffentlicher Ausgaben bemüht, und einige Solisten haben in Bonn vor vollem Haus das hohe Lied stabiler Preise gesungen, so daß der Bürger das Gefühl gewann, es würde für ihn als Verbraucher und Sparer endlich nachhaltig gesorgt. Gleichzeitig aber bereiten Bauernvertreter einige Aktionen vor, die man angesichts der erklärten Ziele von Regierung und Opposition nur als Schildbürgerstreiche verstehen kann. Mit der Lizenzierung landwirtschaftlicher Veredelungsproduktion und der Vernichtung von Obst und Gemüse sollen Agrarpreise „stabilisiert“ werden!

Bauernpräsident Rehwinkel fordert, die lukrative Veredelungsproduktion durch Erzeugung von Eiern, Fleisch und Milch nur bäuerlichen Familienbetrieben zu gestatten. Damit will er die aus Gründen der rationelleren Produktion im Vordringen begriffenen „Agrarfabriken“ mit ihren preisgünstigeren Marktangeboten ausschalten. Dieses „Innungsdenken“ steht in krassem Gegensatz zur Regierungserklärung, in der der Grundsatz höchster Rationalität in der Wirtschaft als Richtschnur der Wirtschaftspolitik bezeichnet und die „Neigung zu einer sterilen Verzünftelung sogenannter Besitzstände“ kritisiert wurde. Man sollte annehmen, daß deshalb kein Regierungsvertreter das Ansinnen Rehwinkels ernst nimmt. Aber weit gefehlt. Im Bundesernährungsministerium ist ein Gesetzentwurf über die Lizenzierung der Veredelungsproduktion fertiggestellt worden, der quantitative Obergrenzen für die Haltung von Schweinen, Legehennen und Mastgeflügel festlegt. Dieses wettbewerbsbeschränkende Lizenzierungsgesetz verstößt nicht nur gegen die Leitgedanken der Regierungspolitik, sondern darüber hinaus gegen die in unserer Verfassung verankerten Ordnungsprinzipien.

Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt überkommene Lizenzierungsformen, z. B. die Apothekenkonzession, für unvereinbar mit dem Artikel 12 unserer Verfassung erklärt. Erst vor wenigen Wochen bekundete das genannte Gericht seinen Willen zur Sicherung der Gewerbefreiheit, indem es den Sachkundenachweis als Vorbedingung für die Aufnahme eines Einzelhandels aufhob, weil er den Wettbewerb beschränke. Nach dieser Erfahrung war zu vermuten, daß der Gesetzentwurf zur mengenmäßigen Produktionsbeschränkung in der Landwirtschaft stillschweigend in der Versenkung verschwinden würde. Der Bauernverband hat sich jedoch nicht belehren lassen. Offenbar war aber der Widerstand im Ernährungsministerium größer geworden, denn nun wird die Gesetzesinitiative der Bundestagsfraktion einer Regierungspartei zugeschoben. Im Interesse der Bauern kann man nur hoffen, daß die Mitglieder des Rechtsausschusses im Bundestag die Unvereinbarkeit dieses Gesetzes mit der Verfassung nachhaltig betonen werden; denn keinem mittelbäuerlichen Betrieb ist damit gedient, daß er sich im Vertrauen auf derartige Protektionsmaßnahmen bei der notwendigen strukturellen Anpassung Zeit läßt. — In vergleichbarer Situation hat sich das Handwerk neben der Industrie behauptet, indem es neue Funktionen übernahm.

Der mittelständische Einzelhandel kann durch Kooperationsformen und verstärkte Spezialisierung im Leistungswettbewerb mit Großunternehmen des Handels bestehen. „Warum eigentlich kein Gesetz“ — so wurde in diesem Zusammenhang gefragt —, „das die Herstellung von Automobilen und Rollfilmen jenseits einer bestimmten Obergrenze verbietet, das dem Handelsmann feste Umsatzhöchstlinien setzt und dem Handwerker klare Maxima gibt? Dann gäbe es kein Volkswagenwerk und keine Agfa, keinen Neckermann und kein Kaiser's Kaffeegeschäft, es gäbe nur noch Mittelstand“ (Handelsblatt, 23. 2. 66).

Die besonderen Schwierigkeiten des Anpassungsprozesses in der Landwirtschaft dürfen keineswegs unterschätzt werden. Aber machen auch alle Verbandsfunktionäre der Bauern ihren Mitgliedern hinreichend deutlich, daß es bereits sehr nachahmenswerte Beispiele bäuerlicher Selbstbehauptung am Markt gibt, oder erschöpfen sie sich im Training, wie man am besten gegen den Strom schwimmt? — In Schleswig-Holstein z. B. ist eine „Butterfabrik“ entstanden, die von den genossenschaftlich organisierten Mitgliedsmeiereien den Rahm abnimmt und zu Butter verarbeitet. Diese Konzentration der Erzeugung im landwirtschaftlichen Großbetrieb schafft u. a. durch „Sahneinfrostung“ die Möglichkeit einer gleichbleibenden Konsistenz der Butter in allen Jahreszeiten. Der Markterfolg der „Butterfabrik“ war so hervorragend, daß man jetzt ein zweites Butterwerk baut, ein drittes plant und in der Fleischwirtschaft ein ähnlicher Zusammenschluß beginnt. — Auch bäuerliche Einzelunternehmer haben durch Konzentration der Produktion auf wenige Güter und durch dynamische Marktanpassung erfolgreiche Großbetriebe aufgebaut, wie z. B. Herr Pfeffer, der als größter Blumenkohl-Farmer in Westeuropa ohne staatliche Hilfe im Wettbewerb mit Gemüseimporten Sieger bleibt. Unternehmer dieses Schlages brauchen einzelne Industrieproduzenten, die heute eine Vorliebe für industrielle Agrarproduktion entwickeln, nicht zu fürchten. Sie können sich auch als mittelbäuerliche Betriebe bei hinreichender Zusammenarbeit behaupten.

Gibt es eigentlich noch Bauern, die eine volle Bestätigung der Forderungen ihrer Verbandsvertreter allein darin sehen, daß der Ernährungsminister auf Kundgebungen der Grünen Front in vagen Worten den Wert der „bodenständigen Erzeugung“ bescheinigt und auf ihre Bedeutung für die „innere und äußere Sicherheit“ hinweist. Es ist kaum anzunehmen, daß der Ernährungsminister sich als reiner Bauernminister begreift und zum Fürsprecher eines verstärkten Agrarprotektionismus machen wird. Es hieße zudem, den Kanzler, der ja die Richtlinien der Politik bestimmt, grundlegend mißverstehen. Bundeskanzler Erhard sagte in der Regierungserklärung deutlich: „Großzügigkeit gegenüber protektionistischen Forderungen bedeutet volkswirtschaftlichen Luxus, den wir uns nicht leisten können.“ Das Ernährungsministerium hat dementsprechend die von Bauernvertretern aller EWG-Länder für bestimmte Marktsituationen geforderte Vernichtung von Obst und Gemüse zwecks „Preisstabilisierung“ abgelehnt und sich auf die Seite der Verbraucher gestellt. Die Agrarlobbyisten hatten in Brüssel immerhin erreicht, daß dem Ministerrat der Entwurf eines Valorisationsgesetzes, d. h. einer „Marktorganisation“ für Obst und Gemüse vorgelegt wurde. Danach sind u. a. Richtpreise geplant, bei deren beträchtlicher Unterschreitung die betreffenden Obst- und Gemüsesorten staatlicherseits aufgekauft und vernichtet oder verfüttert werden sollen. Auf diese Weise hofft man, ein bestimmtes Einkommen landwirtschaftlicher Erzeuger sicherzustellen. — Ähnliche Probleme kommen übrigens mit der Agrarmarktordnung für Milch auf uns zu. — Die Gefahren, die der „Bazillus der sektoralen Einkommensparität“ für unsere Wirtschaftsordnung mit sich bringt, wurden in dieser Zeitschrift zum Auftakt der jetzigen Legislaturperiode bereits deutlich gemacht. Die Zeche hätte in jedem Falle der Verbraucher zu zahlen, denn seine Steuerzahlungen müßten die Valorisationskassen füllen, ohne daß er selbst davon einen realen Vorteil verspürte.

Im Rahmen des EWG-Gemeinschaftsprogramms ist vorgesehen, den Obst- und Gemüseanbau mit Steuermitteln zu subventionieren. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände weist in ihrem scharfen Protest mit Recht darauf hin, daß sich hier eine doppelte Gefahr abzeichnet: mit Staatsgeldern wird das Angebot von Obst und Gemüse zunächst so ausgeweitet, daß Überangebote bei

künstlich hochgehaltenen Preisen zu erwarten sind, die dann mit öffentlichen Mitteln beseitigt werden. In einer Glosse hieß es hierzu: „Der Verbraucher bezahlt künftig nicht nur den Kohl, den er isst. Er bezahlt als Steuerzahler auch Kohl, den er nicht isst. Aber Konsumenten gelten wohl als Kohlköpfe, denen man alles bieten darf“ (Die Welt, 28. 2. 66). Nach amerikanischen Erfahrungen müßten wir sogar damit rechnen, daß schließlich Prämien für die Einschränkung des Anbaus, d. h. praktisch für die Nichtproduktion gezahlt werden. — Weil die Bauernvertreter wissen, daß solche Manipulationen auf Kosten der Verbraucher Widerstände wecken, versuchen sie auf einem anderen Sektor, wo die Überproduktion bereits besteht, auf dem Gebiet des Zuckerrübenanbaus nämlich, ein System nationaler Anbaukontingente einzuführen. Damit würde der Leistungswettbewerb ausgeschaltet und der Gemeinsame Markt in eine regionale Erstarrung geraten. — Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es den EWG-Vertretern gelingt, die noch ausstehenden Agrarmarktordnungen unter Dach und Fach zu bringen. Wenn sogar der Bundeswirtschaftsminister bereits von „Hexeneinmaleins“ der Agrarfinanzierung spricht, kann man bedauernd verstehen, warum die deutsche Öffentlichkeit kaum noch davon Notiz nimmt, was in Brüssel von den europäischen Vertretern der Landwirtschaft zusammengebraut wird.

Immerhin hat der Grüne Bericht gezeigt, daß alle Hilfsmaßnahmen den bäuerlichen Umschichtungsprozeß nicht aufhalten können. Der Versuch, den Zug zum landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieb zu stoppen, muß scheitern. Schildbürgerstreich wie Agrarlizenzen wecken nur falsche Hoffnungen und wirken dem Bemühen um die Stabilisierung des Geldwertes radikal entgegen. Die vielen Kleinstbauern brauchen konstruktive Wege zur eigenständigen Verbesserung ihrer Situation. Selbständigkeit auf Subventionskrücken ist ein Widerspruch in sich. In den Klein- und Kleinstbetrieben horten wir billige Arbeitskräfte und importieren gleichzeitig Gastarbeiter zu hohen Kosten für die Industrie. Der Einsatz eines zusätzlichen Gastarbeiters verursacht heute Mehrkosten von etwa 20 000 DM, während man für den Kleinbauern aus der Nachbarschaft des Industriebetriebes nur etwa den zehnten Teil an Zusatzkosten veranschlagt. Aber solange ein Bauer, und mag sein Hof noch so klein sein, als Hilfsarbeiter anfangen soll, wird er sich kaum dazu bereit finden, seinen Hof zu verlassen. Hier könnten Maßnahmen zur Umschulung von Landwirten vor allem auf technische Berufe helfen. Leider laufen solche Kurse, die gemeinsam z. B. von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und den Ministerien für Landwirtschaft getragen werden, nur vereinzelt. Die dann einsatzbereiten Industriefacharbeiter erhöhen ihr Einkommen in der Regel beträchtlich, haben mehr Freizeit, entlasten den Arbeitsmarkt und fördern durch Verkauf oder Verpachtung die Arrondierung leistungsfähiger Höfe, so daß die Agrarproduktion keineswegs sinkt, vor allem aber nicht teurer, sondern billiger werden kann. Auf den nach modernen Gesichtspunkten der industriellen Agrarproduktion geführten Betrieben können dann auch höhere Löhne gezahlt werden. Landwirtschaftliche Pionierunternehmer zahlen ihren Leuten schon heute, was ein hochwertiger Facharbeiter in der Industrie an Lohn kassiert. Unternehmerpersönlichkeiten dieser Art brauchen freie Bahn, auch wenn sie sich mit dem Kapital des Handels oder der Industrie verbünden, um die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion im Großbetrieb aufzuziehen.

Zum Trost für viele Familienbetriebe ist der Großbetrieb keineswegs immer das Allheilmittel rationeller Agrarproduktion, und die Statistik weist nach, daß marktkonform strukturierte Familienbetriebe in den vergangenen Jahren erhebliche Produktivitätssteigerungen und entsprechende Einkommenserhöhungen zu verzeichnen hatten. Aber wo sich der Großbetrieb aus ökonomischen Gründen durchzusetzen beginnt, wäre es genauso unsinnig, ihn aufzuhalten, wie die industrielle Massenproduktion zugunsten handwerklicher Einzelfertigung zu verbieten. Man wagt kaum, solche Gemeinplätze noch auszusprechen. Aber die Lizenzierungs- und Valorisationspläne der landwirtschaftlichen Interessenvertreter geben hinreichend Anlaß. Im übrigen sollten alle an solchen Plänen interessierten Kräfte weder das kritischer gewordene Bewußtsein der Verbraucher noch den Widerstand industrieller Erzeuger und das gemeinsame Interesse beider Gruppen an stabilen Lebenshaltungskosten unterschätzen.

Friedrich-Wilhelm Dörge